

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen heute erneut vor einer Aufgabe, die jedes Jahr schwieriger wird – und die uns als politische Vertreterinnen und Vertreter mehr denn je fordert: ein Haushalt, der die Zukunft unserer Stadt prägt. Ein Haushalt, der zeigen muss, wie ernst wir es meinen mit Verantwortung, Nachhaltigkeit und einer verlässlichen kommunalen Finanzpolitik.

Es ist uns gelungen, einen genehmigungsfähigen Haushalt für das Jahr 2026 vorzulegen, dem die FWG-UBN zustimmen wird. Doch ebenso müssen wir festhalten, dass der Weg dorthin nicht leicht war. Vielleicht war er sogar einer der schwierigsten der vergangenen Jahre.

Der Ergebnishaushalt weist ein Defizit von rund 2,2 Millionen Euro aus – ein Fehlbetrag, wie wir ihn schon lange nicht mehr hinnehmen mussten. Und deshalb ist es wichtig, dass wir hier offen und ehrlich sind: Wir können die Augen nicht davor verschließen, dass wir zunehmend an finanzielle Grenzen stoßen.

Die Verwaltung und der Magistrat haben bereits früh reagiert. Rund 1,1 Millionen Euro wurden bei den Sach- und Dienstleistungen eingespart, weitere 1,1 Millionen Euro bei Investitionen.

Das sind deutliche Sparmaßnahmen, und sie waren notwendig, um überhaupt in die Nähe eines genehmigungsfähigen Haushalts zu kommen. Trotzdem mussten wir Rücklagen einsetzen – und auch wenn Rücklagen genau für solche Situationen da sind, wissen wir alle: Sie sind endlich.

Immerhin konnten wir dadurch eine Anhebung der Hebesätze vermeiden. Das ist eine Entscheidung, die viele Bürgerinnen und Bürger zu schätzen wissen – gerade in Zeiten, in denen die Menschen ohnehin steigende Kosten an allen Ecken und Enden spüren.

Doch die Ursachen für diese finanzielle Schieflage liegen nicht nur bei uns. Die weltpolitische Lage ist seit Jahren instabil. Der Krieg in der Ukraine, wirtschaftliche Schwankungen, steigende Energiepreise: All das hat Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte.

Gleichzeitig steigen die Pflichtausgaben – besonders im Sozialbereich – und unsere Einnahmen sinken, weil hohe Steuererträge der Vorjahre die Schlüsselzuweisungen reduzieren. Allein die Kreis- und Schulumlage steigt um 600.000 Euro. Das sind enorme Summen für eine Stadt unserer Größe.

Trotz allem bleibt eine Tatsache bestehen: Wir haben in Neu-Anspach ein strukturelles Ausgabenproblem. Dieses Problem ist nicht über Nacht entstanden, und es wird nicht innerhalb eines Jahres verschwinden. Aber wir können – und wir müssen – etwas dagegen tun.

In der Haushaltsklausur hat sich gezeigt, wie schwierig es ist, in den Produktbereichen Positionen zu identifizieren, die wir guten Gewissens streichen können. Viele Abläufe kennen wir nicht im Detail. Wir wissen nicht immer genau, welche Posten zwingend erforderlich sind und welche eher freiwilliger Natur.

Deshalb sollten wir ernsthaft darüber sprechen, ob pauschale Kürzungen – wie sie im Bereich der Kindergarten-Zuschüsse praktiziert werden – ein Weg sein können, um die strukturelle Ausgabenlast zu reduzieren.

Ein Blick auf unsere Personalaufwendungen zeigt ebenfalls, wie herausfordernd die Lage ist. 11 Millionen Euro, rund 22 % unserer Gesamtausgaben, entfallen auf das Personal.

Natürlich wissen wir, dass eine Stadt gut ausgebildete und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter braucht. Ohne sie geht nichts.

Aber gleichzeitig müssen wir verantwortungsvoll fragen: Können wir uns zusätzliche Stellen leisten? Eine halbe Stelle für einen Umwelt-Ranger, der Vorschlag eines zusätzlichen Juristen – das alles klingt fachlich nachvollziehbar. Aber ist es in unserer aktuellen Situation auch finanziell vertretbar?

Sehr deutlich sichtbar ist auch der Bereich Kinderbetreuung, in den wir 7,2 Millionen Euro Zuschüsse investieren. Kinder sind und bleiben die Zukunft unserer Stadt. Und jeder Euro, den wir in ihre Betreuung und Bildung stecken, ist gut investiertes Geld.

Doch wir müssen darüber sprechen dürfen, wie wir diesen Bereich langfristig finanzierbar halten, ohne Qualität einzubüßen. Eine ehrliche Diskussion darüber ist kein Angriff auf Familien – im Gegenteil: Es ist Ausdruck von Verantwortung, damit die Angebote, die wir haben, nicht irgendwann auf der Kippe stehen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den freiwilligen Leistungen. Knapp 3 Millionen Euro fließen hier hinein. Leistungen, die unser Neu-Anspach lebens- und liebenswert machen, die Vereine stärken und das gesellschaftliche Miteinander fördern. Aber auch hier müssen wir prüfen, was wir uns leisten können und wo wir Prioritäten setzen.

Ein Thema, das mir besonders wichtig ist, sind die Förderprogramme. Förderungen können ein großer Gewinn sein – wie der Zuschuss von rund 927.000 Euro für unser Waldschwimmbad. Dort war klar: Der Neubau war notwendig, die Förderung hat uns entlastet und unterstützt.

Aber es gibt auch Förderungen, die auf den ersten Blick attraktiv erscheinen, langfristig aber hohe Folgekosten verursachen. Das Projekt „Stadtgrün – artenreich und vielfältig“ ist hierfür ein gutes Beispiel. Genau bei solchen Programmen müssen wir künftig noch genauer hinsehen. Denn Fördergeld ist nicht „geschenktes Geld“. Es bindet uns oft über Jahre – und das muss berücksichtigt werden.

Ein früherer Bürgermeister hat einmal gesagt: *„Noch eine Förderung – und wir sind pleite.“* Vielleicht übertrieben – ja. Aber es ist ein Satz, der wachrüttelt. Ein Satz, der sagt: Prüfen wir genauer, bevor wir zusagen.

Es wird von Jahr zu Jahr schwieriger, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Und solange wir weiter einfach nur reagieren, statt zu gestalten, werden die Herausforderungen nicht kleiner. Wir müssen den Mut haben, Neu-Anspach wieder finanziell handlungsfähig zu machen. Nicht durch radikale Schnitte – aber durch kluge Entscheidungen, verantwortungsvolle Abwägungen und den Willen, gemeinsam Prioritäten zu setzen.

Die Kommunale Beratungs- und Unterstützungsstelle des Hessischen Rechnungshofs hat uns hierzu einen wertvollen Hinweis gegeben: Einnahmen wie die Grundsteuer B oder die Kindergartenbeiträge lieber in regelmäßigen kleinen Schritten anheben, statt nach langen Pausen große Sprünge machen zu müssen. Diese Empfehlung sollten wir ernsthaft prüfen. Sie schafft Planbarkeit – für uns und für die Bürgerinnen und Bürger.

Bevor ich zum Ende komme, möchte ich eines sagen: Politik und Verwaltung sitzen hier im selben Boot. Wir alle wollen eine starke Stadt, eine lebenswerte Stadt, eine finanziell gesunde Stadt. Und wir alle müssen dazu beitragen. Deshalb danke ich der Verwaltung – insbesondere der Kämmerei – für die enorme und oft unsichtbare Arbeit an diesem Haushalt. Ohne Sie wäre das alles nicht möglich.

Zum Schluss wünsche ich Ihnen – und allen Menschen in unserer Stadt – ein friedliches Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins neue Jahr und vor allem Gesundheit, Mut und Zuversicht.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

Hans-Peter Fleischer

Fraktionsvorsitzender FWG-UBN Neu-Anspach